Egoismus angetrieben, stets bereit, die Grenzen zu überschreiten und auszubrechen. „Das Individuum", sagt Mussolini, „neigt dazu, die Gesetze zu mißachten, keine Steuern zu zahlen und keine Kriege zu führen. Nur wenige — Helden oder Heilige — sind bereit, das eigene Ich auf dem Altar des Staates zu opfern. Alle anderen befinden sich stets in einem Zustand der Auflehnung gegen den Staat. Die Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts versuchten, diesen Widerstreit, der im Grunde bei jeder staatlichen und sozialen Organisation zu finden ist, dadurch zu lösen, daß sie die Macht für einen Ausfluß des freien Volkswillens erklärten. Das ergab nur eine Fiktion mehr und eine neue Illusion. Denn vor allem war dazu der Begriff „Volk" zu wenig klar umrissen."

„Das Eigenschaftswort souverän auf das Volk anzuwenden," sagt Mussolini, „auf diesen abstrakten Begriff, dessen Grenzen man nicht kennt — das ist ein tragischer Witz. Das Volk kann keine Souveränität ausüben, es kann sie höchstens jemandem übertragen, und zwar durch parlamentarische Systeme, die mehr mechanisch als sittlich sind. Aber auch in den Ländern, in welchen von diesem Mechanismus ausgiebigster Gebrauch gemacht wird, kommen große Stunden, in welchen dem Volke die für normale Zeiten wohl taugliche Papierkrone der Souveränität entrissen wird und in denen man dem Volke dann ohne weiteres befiehlt, eine Revolution oder einen Frieden anzunehmen oder in das Ungewisse eines Krieges zu marschieren. Und dann bleibt dem Volke nichts anderes übrig, als nur ein kleines einsilbiges Wort, um zu bejahen und zu gehorchen — und das gerade dann, wenn es das stärkste Bedürfnis hat, sich seiner Souveränität bewußt zu werden. Das Referendum, die Volksabstimmung, ist vorzüglich, wenn es sich darum handelt, den passendsten Ort für einen neuen Dorfbrunnen zu bestimmen, aber wenn die höchsten Interessen eines Volkes auf dem Spiele stehen, dann hüten sich auch die ultrademokratischen Regierungen sehr wohl, die Entscheidung dem Urteil des Volkes zu unterwerfen." Und Mussolini schließt mit den Worten Machiavellis: „Die Natur der Völker ist mannigfaltig, und es ist leicht, ihnen eine Sache aufzureden, aber schwierig, das Volk von der Güte dieses Gedankens dauernd zu überzeugen. Daher halte man das Rüstzeug gut in Ordnung, um das Volk, wenn es zu glauben aufhören sollte, durch die Gewalt beim Glauben zu erhalten. Moses, Cyrus, Theseus und Romulus hätten sich nicht durchgesetzt, wenn sie nicht bewaffnet gewesen wären."

Nun, Mussolini hat das italienische Volk zum Glauben an ihn zunächst überredet. Er befreite es — sowohl in seinen besitzenden wie in seinen besitzlosen Schichten — von der Wirtschaft und Staat zerstörenden Seuche des Bolschewismus. Aber nachdem diese Gefahr gebannt war, trat der Augenblick ein, in welchem Mussolini zum Zwang griff, um das Volk im Glauben an den alleinseligmachenden Faschismus zu erhalten. Er war von Anfang an ein bewaffneter Prophet gewesen. Nach der Erlangung der Macht durch Gewalt gedachte Mussolini der Worte Machiavellis: „Jede Regierung wird durch die Macht erhalten, durch welche sie geschaffen wurde." Er hat schon im Jahre 1923 ausgeführt, daß es der Zufall ergeben könne, wenn eine Regierung die Zustimmung der Regierten finde, aber für jeden Fall, in dem die Zustimmung fehle, müsse die Gewalt zur Hand sein. „Für alle Vorkehrungen, auch die härtesten, die die Regierung treffen wird, stellen wir die Bürger vor folgende Wahl: Entweder die Anordnungen aus hohem patriotischem Geist anzunehmen oder — sie zu erdulden. So fasse ich den Staat auf, so die Kunst, die Nation zu regieren." Und im Märzheft 1923 der Zeitschrift „Gerarchia" schrieb er: „Ich möchte die Herren Liberalen bitten, mir zu sagen, ob es jemals eine Regierung gegeben hat, die sich ausschließlich auf die Einwilligung der Regierten gegründet und auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet hat. Eine derartige Regierung hat es niemals gegeben und wird es niemals geben. Es wird immer Unzufriedene geben. Wie aber wollt ihr es hindern, daß diese Unzufriedenheit um sich greift und für den Bestand des Staates gefährlich wird? Ihr werdet es mit Hilfe der Gewalt hindern. Nehmt einer Regierung die Gewalt — wahlverstanden die physische Gewalt, die Waffengewalt, so wird diese Regierung dem ersten organisierten Haufen, der entschlossen ist, sie zu stürzen, ausgeliefert sein. Der Faschismus wirft diese lebensfeindlichen Theorien zum alten Eisen. Der Faschismus, der nicht davor zurückgeschreckt ist, sich reaktionär zu nennen, als viele der heutigen Liberalen sich tief vor der triumphierenden Bestie der Freiheit neigten, erklärt sich heute unbedenklich für unliberal und antiliberal."

Mussolini sagt, der Fehler der Demokratie sei dieser: Sie bildet sich einen Typus vom Menschen und glaubt dann, daß dieser Mensch wirklich existiere, woher alle Enttäuschungen, Tragödien und Blutbäder der Geschichte stammen. Mussolini glaubt nicht an die Fähigkeit des Bürgers, sich zu vervollkommenen und zu erheben. „Der Faschismus lehnt es ab, den Menschen immer mit sanften Predigten und Unterweisungen zu kommen. Im gegebenen Augenblick muß ein Befehl sich einstellen." Mussolini folgt in seiner Einschätzung des Staatsbürgers seinem Vorbilde Machiavelli. Die Sarfatti, die Mussolini sicher genau kennt (ihr Verhältnis zu Mussolini dürfte nicht nur literarischer Natur gewesen sein!), sagt von ihm, er sähe die Menschen durch und durch, er sähe ihre Fehler, er wolle sie erziehen, und deshalb könne er sie nicht lieben. Und die vielen schlechten Erfahrungen, die er selbst mit seinen nächststehenden Mitarbeitern gemacht hat (Italo Balbo, de Bono, Cremonesi, Farinacci u. a.) dürfte seine ungeheure Menschenverachtung nur noch gesteigert haben. Er sieht nur die Gesamtheit der Nation, das Individuum ist ihm nichts; daher seine ständige Forderung, der Einzelmensch müsse sich den höheren Interessen der Nation unterordnen. Das nennt er die „bürgerliche Religion" des italienischen Volkes. Ja, Mussolini sieht vielleicht nicht mal immer die jetzige Generation in ihrer Gesamtheit. Sein zweifellos weit vorausschauender Geist sieht jene Generation, die von Jugend auf im faschistischen Geiste erzogen wird und die in 10 bis 15 Jahren — so lange hält er bekanntlich seine Erziehungsarbeit noch für nötig — die Geschicke des Vaterlandes meistern soll. Solches Schauen in eine trächtige Zukunft trübt ihm vielleicht oft den Blick für die Gegenwart, läßt ihn psychologische Hemmungen der jetzigen Generation übersehen, läßt ihn Forderungen stellen, denen die Menschen aus der vorfaschistischen Zeit nicht genügen können, weil der Prozeß des Umstellens für sie allzu schwer ist. Zur Beurteilung dieses gewiß seltsamen Mannes darf man seine so außerordentlich geringen inneren Beziehungen zu den Menschen seiner Zeit nicht außer acht lassen.

Wir Deutschen haben es sozusagen nicht leicht mit Mussolini. Seine Vaterlandsliebe, seine auch von den Gegnern anerkannte persönliche Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit, seine zielbewußte Energie, mit den Schlacken der italienischen Volksseele aufzuräumen, die Schlamperei des Staates und der Gemeinden in Zucht und Arbeit zu wandeln, alles das ruft Hochachtung, ja einen gewissen Neid wach. Aber kaum, daß man die Dinge in Südtirol und Mussolinis feindselige Stellung gegen Deutschland ein wenig milder anzusehen in der Lage war, da schleudert er in seiner auch in Italien peinlich empfundenen Himmelfahrtsrede erneut Worte gegen uns und unsere Volksgenossen in Südtirol, die uns wieder Meilen und Meilen von Rom entfernen. Mussolini war nicht gut von sich und anderen beraten. Vielleicht liest er einmal bei Machiavelli nach, daß es auch eine Forderung der Staatskunst ist, seine Zunge zur rechten Zeit im Zaume halten zu können.

Das Urteil gegen den Mörder Wojkoffs.

Schwerer Kerker auf unbestimmte Zeit.

Warschau, 15. Juni. Heute vormittag begann vor dem Standgericht der **Prozeß gegen den Mörder des russischen Gesandten Wojkoff, den zwanzigjährigen Gymnasiasten Boris Kowerda.** Die Schnelligkeit des Verfahrens steht in einem betonten Gegensatz zu der sonstigen Langsamkeit polnischer Untersuchungsrichter, die z. B. in den Fällen von Prozessen gegen Kommunisten oder gegen sonstige Gegner des gegenwärtigen Pilsudski-Regimes monatelang Voruntersuchungen auszudehnen pflegen. Der jugendliche Angeklagte wird von einer ganzen Reihe von Rechtsanwälten verteidigt, darunter einem eigens aus Paris herbeigeeilten russischen monarchistischen Juristen, ferner von einem Warschauer Anwalt, der als rechtsstehender polnischer Politiker der Nationaldemokratischen Partei bekannt ist, sowie von zwei weiteren bekannten Warschauer Staatsanwälten. Gestern ist der Angeklagte, dem unter Umständen Todesstrafe droht, im Gefängnis von seinem Vater, einem früheren russischen Offizier, besucht worden. Anklage und Verteidigung haben zusammen über 20 Zeugen geladen, darunter den früheren russischen Geschäftsträger in London, **Rosengolz**, der auf der Durchreise von London nach Moskau auf dem Warschauer Hauptbahnhof Zeuge des Mordes war.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich zu der Tat bekenne, antwortete K., daß er **Wojkoff getötet habe, aber des Mordes nicht schuldig sei.** Der Angeklagte gab dann eine kurze Darstellung des Vorganges auf dem Warschauer Hauptbahnhof. Auf die Frage, warum er Wojkoff niedergeschossen habe, erwiderte Kowerda, daß er das

für alles getan habe, was die Bolschewisten in Rußland angerichtet hätten.

Die Frage, ob er den Ermordeten persönlich gekannt habe, verneinte Kowerda. Danach begann die Zeugenvernehmung.

Die Anklage vertritt derselbe Staatsanwalt beim Appellationsgericht, der auch im Prozeß gegen den Mörder des ersten polnischen Präsidenten tätig war. Nach den ersten Formalitäten stellt der Vorsitzende fest, daß bis jetzt der Zeuge Rosengolz noch nicht anwesend sei. Das Außenministerium hat von der Sowjetregierung Nachricht erhalten, daß der Gesandte Rosengolz aus Moskau abgereist sei und heute abend in Warschau eintreffen werde. Der Staatsanwalt beantragte, die Verhandlung weiterzuführen. Wenn der Zeuge Rosengolz nicht rechtzeitig zur Verhandlung kommt, soll seine schriftliche Aussage vorgelesen werden.

Kowerdas Vater erklärte in seiner Aussage, daß er nach dem Weltkriege in den Reihen der Roten Armee gegen Polen kämpfte. Nach dem Rigaer Frieden habe er sich auf illegalem Wege nach Polen begeben, wo sich seine Familie befand. Früher habe er zur russischen sozialrevolutionären Partei gehört. Andere Zeugen, wie der Direktor des Rigaer Gymnasiums, welches Kowerda besuchte, und der Redakteur der weißrussischen Zeitung, an der Kowerda mitgearbeitet hat, stellen dem Angeklagten den besten Leumund aus.

Hierauf wurde der **Angeklagte Kowerda** vernommen, der u. a. folgendes erklärte: „Als der bolschewistische Umsturz erfolgte, war ich Schüler des Realgymnasiums in Samara. Dort war ich Augenzeuge des Chaos und der Terrorakte. Im Jahre 1919 bin ich nach Polen zurückgekommen. In Wilna geriet ich in eine kommunistische Bewegung und lernte da die negative Seite der bolschewistischen Ideologie kennen. In dieser Zeit entstand in mir die Absicht, den Kampf gegen den Bolschewismus zu beginnen. Im vorigen Jahre wollte ich zu diesem Zwecke nach Rußland auf illegalem Wege zurückkehren. Da dies nicht gelang, sah ich mich gezwungen, einen legalen Paß einzureichen. **Als mir dieser abgeschlagen wurde, beschloß ich, zum Zeichen des Protestes den Gesandten Wojkoff zu töten.** Ich bedauere sehr, diese Tat in Polen vollbracht zu haben und ich wollte Polen, das ich als zweite Heimat betrachte, in keine Verlegenheit bringen. Meiner politischen Gesinnung nach bin ich **kein Monarchist, sondern Demokrat. Ich habe Wojkoff nicht als Sowjetgesandten, sondern als Vertreter der Komintern getötet.**

Nach dem Angeklagten Kowerda wurde der frühere sowjetrussische Geschäftsträger in London, **Rosengolz**, als Zeuge vernommen. Er schilderte den Verlauf des Attentats und erklärte, daß er im ersten Augenblick, als der Schuß fiel, ganz überrascht war. Er habe nicht vermutet, daß der Schuß Wojkoff gelten sollte.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten

zu schwerem Gefängnis ohne Fristangabe

und erklärte ihn jeglicher Bürgerrechte für verlustig. Gleichzeitig hat das Gericht beschlossen, sich an den Staatspräsidenten mit der Bitte zu wenden, daß dem Verurteilten diese Strafe in eine 15jährige schwere Gefängnisstrafe verwandelt wird. (W. T. B.)

Polens Antwort an Moskau abgesandt.

Warschau, 15. Juni. Die polnische Antwort auf die zweite russische Note ist bereits gestern auf telegraphischem Wege der polnischen Gesandtschaft in Moskau zur Uebergabe an die Sowjetregierung übermittelt worden. Der Wortlaut liegt noch nicht vor. Auf den Inhalt läßt die Tatsache einen sicheren Rückschluß zu, daß die gesamte polnische Presse einmütig die Ansicht vertritt, daß **die Forderungen der Sowjetregierung viel zu weit gehen und einen unerträglichen Eingriff in die inneren Angelegenheiten Polens bedeuten.**

Rußland bestreitet ein Ultimatum.

Riga, 15. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, entspricht die polnische Meldung über die Absendung eines Ultimatums der Sowjetregierung an Polen nicht den Tatsachen. Eine dritte Note, die erst nach der Urteilsverkündung gegen den Mörder Wojkoffs abgesandt werden soll, soll lediglich, allerdings in scharfem Tone, die Ausweisung der russischen Staatsbürger aus Polen fordern.

Wieder sieben Todesurteile in Rußland.

Riga, 15. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der frühere Gehilfe des sozial-revolutionären Führers Sawinkow, der frühere Kapitän Klepikow, wegen angeblicher Spionage zugunsten Englands zum Tode verurteilt worden. Obwohl der Verurteilte ein Gnadengesuch eingereicht hat, wird mit der Vollstreckung des Urteils bereits für heute gerechnet.

Nach Meldungen aus Turkestan hat das dortige Kriegsgericht sechs Personen zum Tode verurteilt. (TU.)

Keine Rußlandkonferenz der Locarno-Mächte.

Berlin, 15. Juni. Aus Genf war gestern die Nachricht gekommen, daß die Außenminister der Locarno-Mächte beabsichtigen, eine Konferenz einzuberufen, und zwar auf die Initiative Briands hin, die der Erörterung der russischen Frage dienen sollte und an der auch Rußland selbst beteiligt werden sollte. Wie jetzt von Berliner unterrichteter Seite festgestellt wird, ist dieser Gedanke, wenn er in Genf bestanden haben sollte, wieder fallen gelassen worden. Es sei als wahrscheinlich nur anzunehmen, daß von den Locarno-Mächten eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht wird, in der diese Nationen ihren Willen aussprechen, den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten, und in der sie darauf hinweisen, daß die Agitationsmaßnahmen der dritten Internationale für den europäischen Frieden sich höchst ungünstig auswirken.

Die Besoldungsreform.

Berlin, 15. Juni. Zu der von einem demokratischen Blatte verbreiteten Nachricht, daß die Neuregelung der Beamtengehälter am 1. Oktober d. J. erfolgen soll, und zwar im Rahmen einer Erhöhung, die sich zwischen 10 und 12 Prozent bewege, wird amtlicherseits festgestellt, daß vorläufig über den Termin der Neuregelung und über ihr Ausmaß noch keinerlei Mitteilungen gemacht werden könnten, weil ja dies erst Gegenstand der Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Regierungsparteien sein soll. Erst nach diesen Verhandlungen werde sich angeben lassen, wann die erhöhten Beamtengehälter in Kraft treten und um wie viel Prozent sie erhöht werden.

Um die Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates kam der Antrag der beiden mitteldeutschen Braunkohlensyndikate auf Erhöhung der Preise für Hausbrandbriketts im engeren Absatzgebiete zur Verhandlung. Angenommen wurde ein Vermittlungsvorschlag, wonach gegenüber den bisher veröffentlichten Jahrespreisprogrammen die jeweiligen Monatspreise für die Monate Juli bis Oktober einschließlich, sowie für März eine Erhöhung um 1 M. und für die Monate November bis Februar einschließlich eine solche um 2 M. erfahren sollen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandete den Beschluß der Preiserhöhung, da lediglich die Befürchtung, daß die Kosten sich in Zukunft unter Umständen ungünstiger gestalten könnten, den Anspruch der Preiserhöhung nach Lage der Sache nicht stützen könne.

Die erneuten Preiserhöhungsansprüche des rheinisch-westfälischen und des Aachener Kohlensyndikats wurden einem Sonderausschuß zur Prüfung überwiesen.

Festnahme zweier Polizeibeamter.

Berlin, 15. Juni. Nach der gestrigen Beamtenkundgebung auf dem Gendarmenmarkt kam es zu einem lebhaften Zwischenfall. Polizeimajor Balzer ließ zwei Schutzpolizeibeamte, die sich an der Demonstration in Uniform beteiligten, festnehmen. Darauf versuchte die Menge die Festgenommenen gewaltsam zu befreien. Ursprünglich war beabsichtigt, den dicht besetzten Platz räumen zu lassen, doch wurde auf Intervention des Reichstagspräsidenten Löbe und anderer sozialdemokratischer Führer darauf verzichtet.

Berlin, 15. Juni. Wegen der Vorfälle bei der gestrigen Beamtendemonstration in Berlin, an der zwei Polizeibeamte in Uniform teilgenommen haben, hat der Polizeipräsident, wie die Blätter mitteilen, eine Untersuchung eingeleitet. (WTB.)

Staatssekretär Weißmann fährt nach Genf.

Berlin, 15. Juni. Reichsminister Dr. Stresemann hat, wie verlautet, den preußischen Staatssekretär Dr. Weißmann gebeten, sofort nach Genf zu reisen. Die Reise soll mit Fragen der Schutzpolizei zusammenhängen.

Bürgermeisterwahl in Görlitz.

Görlitz, 15. Juni. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde im zweiten Wahlgang der Beigeordnete Dr. König aus Gera (Dn.) mit 26 von 46 Stimmen zum Bürgermeister von Görlitz gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat, Dr. Heuer aus Essen, erhielt 20 Stimmen.

Ungarisch-rumänischer Grenzzwischenfall.

Budapest, 15. Juni. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau berichtet aus Berethya-Ujfalu: Nach der Meldung des Wachtpostens an der rumänischen Grenze ist vorgestern, abends zwischen 10 und 11 Uhr, eine aus zwei Mann bestehende rumänische Militärpatrouille auf ungarisches Gebiet herübergekommen. Der vorschriftsmäßig dreimal wiederholten Aufforderung, stehen zu bleiben, leistete sie nicht Folge. Der eine rumänische Soldat blieb auf rumänischem Gebiet zurück, während der andere auf den ungarischen Wachtposten zu feuern begann, der das Feuer erwiderte. Der rumänische Soldat brach, von einem Geschoß getroffen, auf ungarischem Gebiet zusammen. Auf Grund der Meldung der beiderseitigen Wachtposten trat heute nachmittag 8 Uhr eine von ungarischer und rumänischer Seite beschickte Konferenz am Tatort zusammen, um auf Grund einer gemeinsamen Untersuchung die Einzelheiten des Zwischenfalles festzustellen.

Auflösung des Belgrader Parlaments

Belgrad, 15. Juni. Der König unterzeichnete einen Erlaß über die Auflösung der Skupschtina und über die Ausschreibung von Neuwahlen für den 11. September. Gleichzeitig wurde eine Umbildung der Regierung vorgenommen. (W. T. B.)

Ein chinesisch-japanischer Zwischenfall.

Schanghai, 15. Juni. (Reuter.) Nach einer Meldung aus japanischer Quelle nahmen Truppen Tschankaischeks Haintschau, einen Seehafen im nördlichen Teil am Kiansu. Die Stadt wurde von den einmarschierenden und von den ausmarschierenden Truppen geplündert. Die japanischen Frauen und Kinder hatten vorher die Stadt verlassen, die japanischen Männer flüchteten, nachdem sie Zeugen schrecklicher Vorgänge gewesen waren. Soldaten der Südtruppen drangen an Bord eines mit japanischen Flüchtlingen besetzten Schiffes und plünderten es. Der japanische Konsul in Schanghai protestierte im Ministerium des Aeußeren und verlangte vollen Schutz für die in Haintschau verbleibenden Japaner.

*

Schanghai, 15. Juni. (Reuter.) Nach einer Pekinger Meldung aus amtlichen japanischen Kreisen nahestehender Quelle sind die Verhandlungen zwischen Tschangkaischek, Tschangtsolin und Jenshischan, dem Gouverneur von Schansin, im Fortschreiten begriffen, und eine Einigung scheint möglich. Wie es heißt, hat Tschangtsolin dem früheren japanischen Kriegsminister mitgeteilt, obwohl er eine Einigung für notwendig ansehe, könne er sich nicht bereiterklären, die nationalistische Flagge zu hissen. Nichtsdestoweniger sei die Möglichkeit zur Behandlung anderer Fragen durchaus gegeben. Der Gedankenaustausch wird fortgesetzt.

Die Ozeanflieger in Frankfurt.

Stuttgart, 15. Juni. Um 4 Uhr fuhren Chamberlin und Levine in Begleitung des amerikanischen Konsuls Kehl und des Ministerialrats Kaelin nach dem Flugplatz Böblingen, wo sie unter brausenden Hochrufen einer zahlreichen Menge um ¾5 Uhr nach Frankfurt a. M. starteten. Vorher hatten sie noch einer Festvorstellung in einem Lichtspielhause beigewohnt, wo ihnen der Film „Der Ozeanflug Chamberlins nach Deutschland" gezeigt wurde.

In Frankfurt wurden die Flieger von Oberbürgermeister Dr. Landmann willkommen geheißen. Nach Dankesworten der Flieger unternahmen diese, von Blumen überschüttet, eine Rundfahrt um den Flugplatz und wurden von der Menschenmenge überall aufs lebhafteste begrüßt. Chamberlin und Levine nahmen dann an einem Festessen teil, das die Stadt Frankfurt ihnen zu Ehren veranstaltete.

Auffindung Rungessers und Colls?

Neuyork, 15. Juni. Aus Quebec trifft folgende Nachricht ein: Hier wird nichtamtlich gemeldet, daß Rungesser und Coli lebendaufgefunden worden seien. Die Nachricht kommt aus Riverbed durch die Vermittlung eines Beamten, namens Blair, der in der Gegend nördlich des Saguenay-Flusses arbeitete und im Laufe eines Telephongespräches mit seiner in Quebec wohnenden Mutter sie davon in Kenntnis setzte.